



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Sozialrecht und der Arbeitsmarkt

Gächter, Thomas

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-98267>

Journal Article

Originally published at:

Gächter, Thomas (2014). Sozialrecht und der Arbeitsmarkt. Bulletin der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW), (2):52-53.

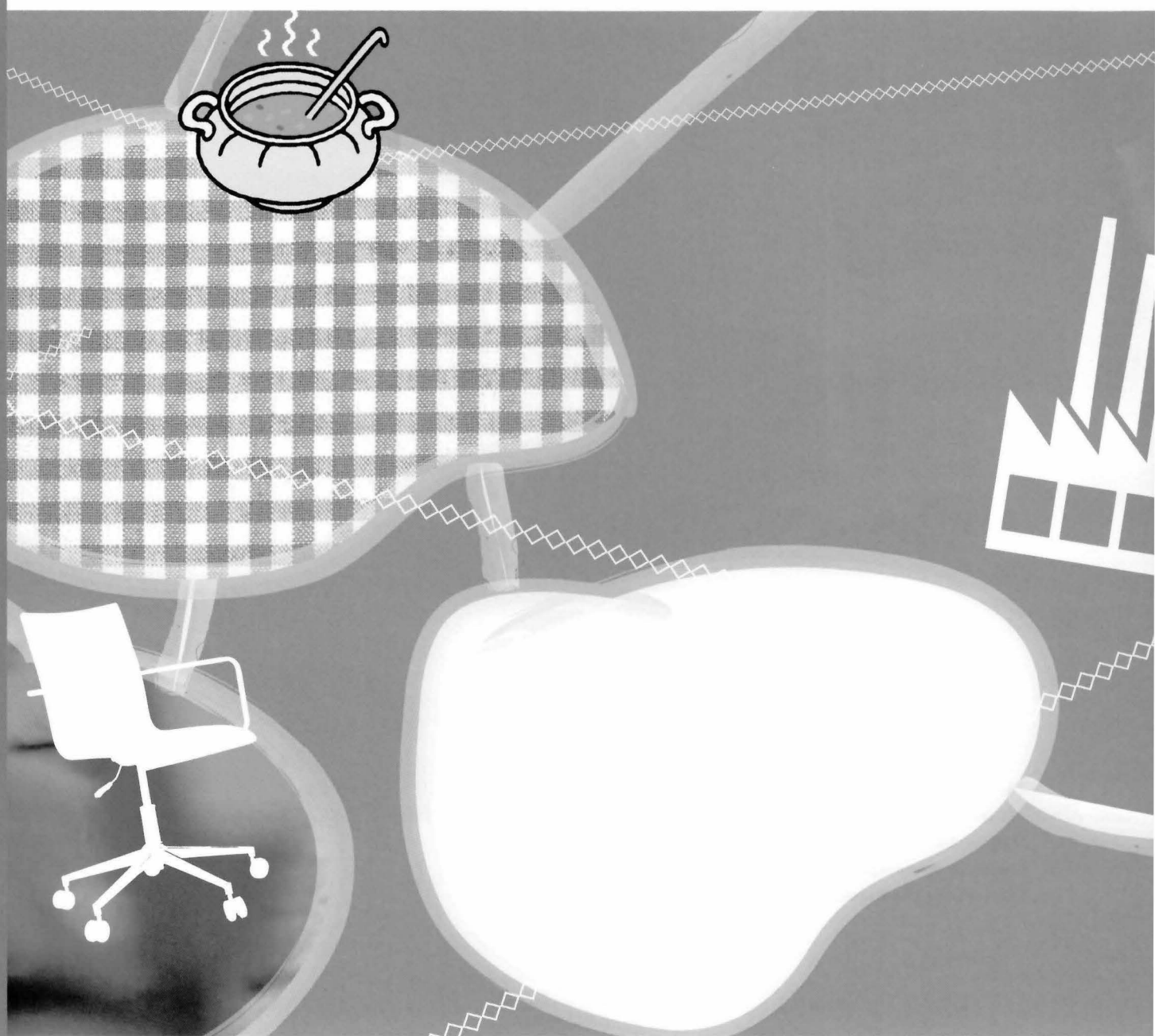


Bulletin

SAGW Schweizerische Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften
ASSH Académie suisse des sciences humaines et sociales
ASSM Accademia svizzera di scienze umane e sociali
ASSM Academia svizra da ciencias humanas e socialas
SAHS Swiss Academy of Humanities and Social Sciences

Dossier

Rahmenbedingungen für zukunftsfähige Arbeitsmärkte
Conditions-cadres pour une économie compétitive – l'avenir du marché du travail



Wissenschaftspolitik: Für eine nationale Bildungsstrategie, S. 9

SAGW-News: Förderung der Geisteswissenschaften im Zeitraum 2002–2012 – ein Grundlagenbericht, S. 19

Schwerpunkte: Qualitäts- und Leistungsbeurteilung – zeitintensiv, schwierig, aber notwendig, S. 29

müssen lernen, stereotype Vorstellungen von Eignung und Leistung zu überwinden und alternative Laufbahn- und Karrieremuster für Frauen und Männer zu unterstützen. Sie müssen Arbeitsmodelle bereitstellen, die es beiden Geschlechtern ermöglichen, die gesellschaftlich unverzichtbaren Aufgaben im Bereich Care wahrzunehmen. Und nicht zuletzt gilt es Politikfelder und gesetzliche Regelungen (wie z.B. die Steuergesetzgebung und das Sozialversicherungsrecht) sorgfältig darauf hin zu durchleuchten, inwiefern sie inskünftig eine umfassende Erwerbsbeteiligung von Frauen nicht bestrafen, sondern begünstigen können.

52

Hinweis

Literatur

Literatur zum Artikel finden Sie unter: www.sagw.ch/bulletin

Sozialrecht und Arbeitsmarkt

Thomas Gächter, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Dass die Arbeitsmarktintegration aller Menschen, die sich am Arbeitsmarkt beteiligen wollen, nicht optimal funktioniert, wirft die Frage auf, ob das geltende Sozialversicherungsrecht mit den richtigen Instrumenten arbeitet oder allenfalls falsche Anreize setzt. Die nähere Betrachtung zeigt, dass nur ein Teil der Dysfunktionen mit dem Sozialversicherungsrecht verbunden ist; ein anderer Teil liegt im Arbeitsmarkt und dessen aktuellen Gesetzmässigkeiten begründet.

Das Sozialversicherungsrecht soll die Menschen angemessen gegen die wirtschaftlichen Folgen sozialer Risiken (Unfälle, Tod, Alter usw.) schützen. Es ist auf typisierte Ereignisse in einer Gesellschaft ausgerichtet und konstruiert den sozialen Schutz passend für diese Ereignisse. Wenn sich die sozialen Verhältnisse oder die Verhältnisse am Arbeitsmarkt verändern, müssen die Leitbilder des sozialen Schutzes angepasst werden, damit das Sicherungssystem keine Fehlanreize setzt.

Zur Autorin

Brigitte Liebig



Prof. Dr. Brigitte Liebig studierte Psychologie und Soziologie an den Universitäten Frankfurt/M., Zürich, Berlin und promovierte 1996 zu Fragen der Geschlechtergleichstellung in der Schweizer Politik und Wirtschaft. Seit 2006 ist sie Professorin für Angewandte Psychologie an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Seit 2008 amtiert sie als Präsidentin der Leitungsgruppe des Nationalen

Forschungsprogramms 60 «Gleichstellung der Geschlechter» (NFP 60) des Schweizerischen Nationalfonds.

Teilzeitarbeit und Mehrfachbeschäftigung

Das Sozialversicherungsrecht ist nach wie vor am Leitbild eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmers bei einem einzigen Arbeitgeber ausgerichtet. Im Gegensatz zu ausländischen Systemen bietet das Schweizer System zwar einige Flexibilität für Teilzeitarbeit und Mehrfachbeschäftigung. Der soziale Schutz, insbesondere der Aufbau einer hinreichenden Altersvorsorge, ist gegenwärtig aber für Teilzeitangestellte unbefriedigend, da die Eintrittsschwelle für die zweite Säule relativ hoch ist und grundsätzlich bei einem einzigen Arbeitgeber erreicht werden muss. Dies trifft vorwiegend Frauen, die nach wie vor rund vier Fünftel der Teilzeitbeschäftigten ausmachen. Die geplante Revision «Vorsorge 2020» soll hier wenigstens teilweise Abhilfe schaffen.

Sozialrecht als Fehlanreiz für den Arbeitsmarkt

Gelegentlich ist es aber auch das Sozialversicherungsrecht selbst, das die Arbeitsmarktbeteiligung erschwert. Insbesondere ältere Arbeitnehmer sind für Arbeitgeber aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht nicht attraktiv. Einerseits sind die Beiträge für die zweite Säule und damit die Lohnnebenkosten – je nach Reglement der Vorsorgeeinrichtung – höher, andererseits müssen Arbeitgeber bei älteren Arbeitnehmenden das erhöhte Krankheitsrisiko, d.h. das Lohnfortzahlungsrisiko, grundsätzlich selbst tragen, da nach wie vor keine obligatorische Krankentaggeldversicherung besteht. Vor allem für Gutverdienende wird zudem der frühzeitige Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt durch die Möglichkeit der Frühpensionierung ab dem 58. Altersjahr mit den Mitteln der zweiten Säule attraktiv gestaltet, was dem Arbeitsmarkt faktisch qualifizierte Arbeitnehmende entzieht. Die Möglichkeit der Frühpensionierung soll gemäss den Plänen des Bundesrats für die «Vorsorge 2020» deshalb massgeblich erschwert werden.

Arbeitsmarkt als faktisches Hindernis für das Sozialrecht

Es sind aber häufig auch die Gesetzmässigkeiten des aktuellen Arbeitsmarktes, die eine Arbeitsmarktbeteiligung faktisch behindern. Menschen mit psychischen Krankheiten etwa, die arbeitsfähig und arbeitswillig sind, werden trotz vorhandener Unterstützungsmassnahmen seitens der Invalidenversicherung vom Arbeitsmarkt nur sehr zurückhaltend aufgenommen. Auch die vielfältigen Massnahmen, die in den jüngsten Revisionen der Invalidenversicherung geschaffen wurden und eine Desintegration vor allem auch psychisch Kranker verhindern sollen, werden eher zurückhaltend genutzt. Ältere Arbeitnehmende finden zudem nur schwer eine neue Stelle, weil die Arbeitgeber die höheren Kosten scheuen, namentlich auch die in der Regel höheren Lohnkosten. Der Bundesrat hat wegen der mangelhaften Nachfrage nach älteren Arbeitnehmenden denn auch darauf verzichtet, für die künftige Revision der Altersvorsorge ein höheres Rentenalter als 65 vorzuschlagen.

Laufende Reformen

Die Arbeitsmarktbeteiligung vor allem älterer Arbeitnehmer soll im Rahmen der «Vorsorge 2020» insgesamt attraktiver gestaltet werden, da der Vorsorgeschutz auch nach Erreichen des Referenzalters von weiterhin 65 Jahren massgeblich ausgebaut werden kann. Teilzeitarbeit soll besser abgesichert und der frühzeitige

Ausstieg aus dem Arbeitsmarkt erschwert werden. Alle geplanten Massnahmen versprechen faktisch aber nur Erfolg, wenn der Arbeitsmarkt auch bereit ist, ältere Arbeitnehmende weiterhin zu beschäftigen oder anzustellen und auch Teilzeitbeschäftigte aufzunehmen, deren Lohnnebenkosten sich durch ihre Versicherung in der zweiten Säule erhöhen. Die Wertschätzung gegenüber älteren Arbeitnehmenden sowie gegenüber Teilzeitbeschäftigten mit Fachkompetenz und Erfahrung könnte im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der sich im schweizerischen Arbeitsmarkt abzeichnet, entscheidend ansteigen. Die Wertschätzung ist es denn auch, die Arbeitnehmenden Sinn vermittelt und letztlich auch Frustration und den freiwilligen vorzeitigen Rückzug aus dem Arbeitsmarkt verhindert. Nur: Wertschätzung lässt sich vom Gesetzgeber nicht verordnen!

Zum Autor

Thomas Gächter



Prof. Dr. iur. Thomas Gächter ist seit 2006 Inhaber des Lehrstuhls für Staats-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsrecht an der Universität Zürich. Er studierte in Zürich und Leuven Rechtswissenschaften und promovierte an der Universität Zürich, wo er sich 2002 habilitierte. Nach einer praktischen Tätigkeit am Zürcher Verwaltungsgericht war er zunächst

SNF-Förderprofessor sowie Professor für Sozialversicherungs- und Gesundheitsrecht an der Universität Luzern, bevor er auf seine gegenwärtige Stelle berufen wurde. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Sozialversicherungs- und Gesundheitsrecht, im Staatsrecht sowie bei den Grundfragen des Verwaltungsrechts.